



Die Liebe Christi
bewegt,
versöhnt und
eint die Welt

Ökumenischer Rat der Kirchen 11. Vollversammlung

31. August – 8. September 2022
Karlsruhe, Deutschland

Dokument Nr. **PIC 01.1 rev**

ANGENOMMEN

DE

Übersetzung aus dem Englischen,
ÖRK-Sprachendienst

Krieg in der Ukraine, Frieden und Gerechtigkeit in der Region Europa

*„Denn er ist unser Friede, der aus beiden eins gemacht hat und hat den Zaun abgebrochen, der dazwischen war, indem er durch sein Fleisch die Feindschaft wegnahm. Und er ist gekommen und hat im Evangelium Frieden verkündigt euch, die ihr fern wart, und Frieden denen, die nahe waren. Denn durch ihn haben wir alle beide in einem Geist den Zugang zum Vater.“
(Epheser 2,14.17-18)*

Die 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) tagt in Karlsruhe, Deutschland, zum Thema „Die Liebe Christi bewegt, versöhnt und eint die Welt“. Das Thema animiert die Delegierten und Teilnehmenden dazu, den Aufruf zur Einheit in Christus ernst zu nehmen und als Volk zu leben, das durch Christus mit Gott und miteinander versöhnt ist.

Der Krieg in der Ukraine

Während wir hier in Karlsruhe tagen, werden wir tragischerweise Zeuginnen und Zeugen eines Krieges mitten in Europa. Die Gedanken und Gebete aller Teilnehmenden an der 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) sind bei den Menschen in der Ukraine und dem Land. Wir denken an die tragischen Auswirkungen, unter denen sie seit dem russischen Einmarsch am 24. Februar 2022 leiden, und an die vielen tausend Opfer, zu denen viele zivile Todesopfer im Osten des Landes zählen genau wie hunderttausende Menschen, die seit 2014 geflohen sind und vertrieben wurden.

Im Laufe der letzten sechs Monate haben mehr als 13.000 ukrainische Zivilpersonen ihr Leben verloren und Städte wie Mariupol wurden in Schutt und Asche gelegt. Bis zum heutigen Tag mussten rund 14 Million Menschen – fast ein Drittel der gesamten Bevölkerung der Ukraine – aus ihrer Heimat fliehen (nach Angaben des UNHCR). Darüber hinaus gibt es zahlreiche Berichte über Gräueltaten, die als Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewertet werden könnten, einschließlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie des stark gestiegenen Risikos, Opfer von Menschenhandel zu werden. Weiterhin sind wir sehr besorgt angesichts der potenziell katastrophalen Folgen einer Beschädigung des Atomkraftwerks Saporischschja durch militärische Aktivitäten in dessen unmittelbarer Umgebung – und ebenso sind wir besorgt über die Sicherheit der Schutzhülle auf dem Gelände der Chernobyl-Katastrophe von 1986.

Der ÖRK-Zentralausschuss hat den Krieg auf seiner Tagung im Juni 2022 als „illegal und nicht zu rechtfertigen“ [verurteilt](#) und das erschreckende Ausmaß an Tod, Zerstörung und Vertreibung, an zerstörten Beziehungen und die tiefer denn je verwurzelte Feindschaft zwischen Menschen in der Region, die eskalierenden Konflikte weltweit, das gestiegene Risiko einer Hungersnot in Weltregionen, die schon jetzt unter Ernährungsunsicherheit leiden, die wirtschaftliche Not und die gestiegene gesellschaftliche und politische Instabilität in vielen Ländern beklagt.

Die Vollversammlung **bekräftigt nachdrücklich** die vom Zentralausschuss zum Ausdruck gebrachte Haltung und **verurteilt** diesen illegalen und nicht zu rechtfertigenden Krieg. Als christliche Gläubige aus verschiedenen Teilen der Welt **wiederholen** wir **die Forderung nach** einem sofortigen Waffenstillstand, um das Sterben und die Zerstörung zu stoppen, und **den Aufruf** zu Dialog und Verhandlungen, um einen nachhaltigen Frieden zu erreichen. Wir **rufen** alle Konfliktbeteiligten **auf**, die Grundsätze des humanitären Völkerrechts insbesondere im Hinblick auf den Schutz der Zivilbevölkerung und der zivilen Infrastruktur sowie die menschenwürdige Behandlung von Kriegsgefangenen zu achten.

Wir **bekräftigen** außerdem **nachdrücklich** die Erklärung des Zentralausschusses, dass Krieg nicht mit der Natur Gottes und seinem Willen für die Menschheit vereinbar ist und gegen unsere grundlegenden christlichen und ökumenischen Prinzipien verstößt, und **lehnen** folglich jeden Missbrauch religiöser Sprache und religiöser Autorität zur Rechtfertigung bewaffneter Angriffe und von Hass **ab**.

Wir **fordern** alle Konfliktparteien **dringend auf**, sich aus der Nähe des Atomkraftwerkes Saporischschja und anderen derartigen Orten, die eine unvorstellbare Bedrohung für gegenwärtige und zukünftige Generationen darstellen können, zurückzuziehen und von militärischen Handlungen in deren Umgebung abzusehen.

Wir **beten gemeinsam** für alle Opfer dieses tragischen Konflikts in der Ukraine, in der Region und auf der ganzen Welt, dass ihr Leid ein Ende haben möge und sie Trost finden und ein sicheres Leben und Würde für sie wiederhergestellt werden möge, und wir **versichern** sie der Liebe und Weggemeinschaft der weltweiten Gemeinschaft von ÖRK-Mitgliedskirchen. Wir **loben** die Ortskirchen, kirchlichen Dienste und Werke und alle humanitären Hilfsorganisationen, die notleidende Menschen in allen Teilen der Ukraine und darüber hinaus unterstützen und Kriegsflüchtlinge in voller Achtung ihrer gottgegebenen Würde aufnehmen und versorgen.

Wie der Zentralausschuss auf seiner Tagung im Juni erklärte, kommt dem ÖRK eine wichtige Rolle dabei zu, seine Mitgliedskirchen in der Region zu begleiten und eine Plattform und ein sicherer Raum für Begegnung und Dialog zu sein, auf der und in dem die vielen drängenden Fragen angegangen werden können, die sich aus diesem Konflikt für die Welt und die ökumenische Bewegung ergeben. Wir **unterstreichen** die Berufung und die Pflicht der ÖRK-Mitgliedskirchen, nach Einheit zu streben und der Welt gemeinsam zu dienen.

Die Tatsache, dass Vertretungen der Kirchen in der Ukraine und die Delegation der Russischen Orthodoxen Kirche und Delegierte und Teilnehmende von ÖRK-Mitgliedskirchen und ökumenischen Partnern aus anderen Teilen Europas und aus allen Regionen der Welt hier vor Ort zugegen waren, war eine praktische Gelegenheit für diese Art der Begegnung. Wir **verpflichten** uns zu einem intensiveren Dialog über die Dinge, die uns spalten – eines der zentralen Ziele des ÖRK. Denn die Fragen, die dieser Konflikt aufgeworfen hat, sind sowohl für die ökumenische Bewegung als auch für die Welt insgesamt in der Tat tiefgreifend und von grundlegender Bedeutung, und sie rechtfertigen zu ihrer Lösung einen intensiven und anhaltenden Dialog.

Einstweilen **bekräftigen** wir den Aufruf des Zentralausschusses an unsere christlichen Schwestern und Brüder und an die Kirchenleitungen in Russland und der Ukraine, ihre Stimmen zu erheben, um gegen die fortdauernden Tötungen, die anhaltende Zerstörung, Vertreibung und Enteignung der Menschen in der Ukraine Stellung zu beziehen. Wir **rufen** den ÖRK **auf**, eine Plattform zu sein, über die alle Stimmen, die sich für Frieden einsetzen, Gehör finden und verstärkt werden, und **wir beten**, dass dieser Krieg sehr bald ein Ende finden möge.

Der Wiederaufbau nach dem Krieg wird beschwerlich sein und lange dauern und mit enormen humanitären, finanziellen und ökologischen Kosten einhergehen. Die Kirchen **sind aufgerufen** eine wichtige Rolle für die Heilung von Erinnerungen, für Versöhnung und in der diakonischen Fürsorge zu spielen. Wir **halten fest**, dass es im Krieg keine „Gewinner“ gibt und dass niemand jemals auf Krieg zurückgreifen sollte.

Als Antwort auf die zunehmende Militarisierung, zunehmende Konfrontationen und die zunehmende Verbreitung von Waffen **rufen** wir die Regierungen Europas und der gesamten internationalen Staatengemeinschaft zu viel größeren Investitionen in das Streben nach und die Förderung von Frieden sowie zum Ausbau von Maßnahmen zur gewaltfreien Konfliktlösung, zivilen Konflikttransformation und Versöhnungsprozessen **auf**, statt Investitionen in die Ausweitung von Konfrontation und Spaltung zu stecken. Wir **rufen** den ÖRK und seine Mitgliedskirchen **auf**, die von Klarheit und Dialog geprägte Herangehensweise fortzuführen und wir unterstützen Runde Tische und andere Formate, die dazu beitragen können, Lösungen für den Konflikt und seine Auswirkungen zu finden. Wir **verpflichten uns**, uns gegenseitig in die Verantwortung dafür zu nehmen, dass das Band der christlichen Einheit bewahrt bleibt.

Migration, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Christi versöhnende Liebe ruft uns auf, unsere Nächsten zu achten und willkommen zu heißen. Ausgehend vom Gleichnis vom barmherzigen Samariter (Lukas 10,25-37) haben wir als Antwort auf die Frage „Wer sind denn meine Nächsten?“ Jesu Aufruf gehört und vernommen, all jenen ohne Ausnahme und ohne Diskriminierung Barmherzigkeit und Mitgefühl entgegenzubringen, die verletzt sind oder leiden. Wir nutzen unsere Mittel, unsere Stimmen und unsere Empathiefähigkeit, um auf die Schreie all jener zu reagieren, die um Heilung und Ganzheit flehen. Jesu Lehren und Jesu Vorbild stärken uns für dieses Amt und Zeugnis und wir wissen, dass er selbst erlebt hat, wie es ist, vor jenen fliehen zu müssen, die ihn von seiner Geburt an töten wollten. Gemäß Christi Gebot begegnen wir all jenen mit Mitgefühl, die Zuflucht und Asyl suchen.

Migration ist ein inhärentes Merkmal der *condition humana*. Es gab sie schon immer in der Menschheitsgeschichte und sie ist Teil der biblischen Geschichte. Seit der 10. ÖRK-Vollversammlung in Busan aber haben neue und anhaltende Konflikte, Unterdrückung und Verfolgung, der sich beschleunigende Klimawandel, entwicklungsbedingte Vertreibung und die zunehmende Ungleichheit beispiellose Mengen von Menschen dazu getrieben, ihre Heimat zu verlassen und auf ihrer Suche nach Sicherheit und einem besseren Leben anderswo unglaubliche Risiken und Gefahren auf sich zu nehmen. Viele von ihnen sind dabei ums Leben gekommen. Wir **bekräftigen**, dass wir sie nicht vergessen werden.

Wir stehen fest in der Überzeugung, dass der internationale Schutz von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten wie in der internationalen und der EU-Gesetzgebung festgeschrieben allein auf ihrer Bedürftigkeit und der Achtung einer gleichen Würde aller Menschen beruhen muss – unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, ethnischen Zugehörigkeit oder sexuellen Orientierung. Diese Überzeugung verlangt die Förderung einer gleichen Behandlung aller, ein Ende der auf Rassismus und ‚Fremdmachung‘ beruhenden Ungleichheit und Diskriminierung und die Achtung der gleichen Würde aller Menschen aus allen Weltregionen.

Wir **bekräftigen** die rechtlichen Verpflichtungen und moralischen Grundsätze, die verlangen, dass wir Menschen in Not mit Mitgefühl und offenen Armen begegnen. Wir bestätigen und respektieren das Recht aller souveränen Staaten, Regelungen zur Kontrolle ihrer Grenzen und die Bedingungen für Einreise und Bleiberecht frei zu gestalten. Gleichzeitig **erwarten** wir von allen Staaten – in Europa und auf der ganzen Welt –, dass sie dem Wortlaut und Sinn ihrer Verpflichtungen aus dem Völkerrecht, einschließlich der Menschenrechtsnormen und des Flüchtlingsrechts und insbesondere des Rechts auf Asyl, nachkommen, weil sie andernfalls genau die Grundsätze und Schutzmaßnahmen aufs Spiel setzen, die eingeführt worden sind, um auf solche Krisen zu reagieren, und zu denen alle berechtigt sein sollten. Wir bekräftigen die Erklärung der Konferenz von Vatikan und ÖRK im September 2018, dass es „eine Art von Götzendienst“ ist, die „nationalen Grenzen und den Nationalstaat in einer Werteordnung über die Anerkennung des Abbildes Gottes in jedem Flüchtling und Migranten zu stellen“.

Wir erachten es als rechtlich und ethisch unstatthaft, wenn Staaten ihrer Verantwortung, Leben zu retten und Schutz zu bieten, nicht nachkommen wollen oder sie an andere Staaten und Territorien „auslagern“. Wir erachten es als inakzeptabel, wenn vulnerable Menschen, die ihre Heimatländer auf der Suche nach einer sichereren Zukunft verlassen, von Regierungen oder anderen aus politischen Gründen oder für die eigenen selbstsüchtigen Ziele instrumentalisiert werden. Wir stellen zudem die Logik einer „Festungsmentalität“ „der geschlossenen Türen“ angesichts der Herausforderung im Zusammenhang mit der zunehmenden Mobilität

von Menschen in Frage. Wir **rufen** alle Staaten **dringend auf**, für sichere, reguläre und zugängliche Möglichkeiten und Wege für die Mobilität von Menschen zu sorgen, die im Einklang stehen mit ihren Verpflichtungen aus dem humanitären Völkerrecht und den Menschenrechten, und angemessene Schritte gegen die Ausnutzung der Vulnerabilität von Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen zu unternehmen. Wenn es keine zugänglichen Möglichkeiten für legale und sichere Migration gibt, floriert der Menschenhandel. Wir **rufen** Kirchen und Staaten **auf**, Projekte für ein sicheres Passieren, wie die Initiativen für einen „humanitären Korridor“ oder die Seenotrettungsdienste im Mittelmeer, zu stärken und auszubauen.

Wir **fordern** eine bessere Koordination und Kooperation, mehr Solidarität und eine bessere Achtung der Menschenrechte in der Reaktion Europas auf Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten, einschließlich einer faireren Aufteilung der Verantwortung innerhalb der EU. Dabei sollten wir uns vom Prinzip der Solidarität mit denen, die Schutz suchen, mit denen, die diese aufnehmen, und zwischen den Kirchen leiten lassen. Und wir **rufen** zu einer umfassenderen regionalen und internationalen Zusammenarbeit in der Bekämpfung der Grundursachen der Krise der gewaltsame Vertreibung auf – vor allem die gewaltsamen Konflikte, der sich beschleunigende Klimanotstand, die extreme Armut und die fehlende Entwicklung sowie die Unterdrückung und Verfolgung, die Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen.

Wir **unterstreichen und bekräftigen** das Vorbild, das viele Kirchen und kirchlichen Organisationen, die sich aktiv dafür engagieren, „Fremde“, Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten willkommen zu heißen, ihren Gesellschaften und Regierungen bieten, insbesondere in Kontexten, in denen Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten zunehmend stigmatisiert, diskriminiert, kriminalisiert, marginalisiert und ausgegrenzt werden.

Wir **bekräftigen** die gottgegebene Würde aller Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten. Von diese festen Überzeugungen ausgehend **rufen** wir die ÖRK-Mitgliedskirchen und ökumenischen Partner und alle Menschen guten Willens **dringend auf**, sich dafür einzusetzen, dass den „Fremden“ und Nächsten in Not und Bedrängnis offener und einladender begegnen wird. Ein solcher Ansatz fördert eine Kultur der Gastfreundschaft, ermuntert uns, uns aus theologischer Sicht mit dem Thema Gastfreundschaft und der Gemeinschaft mit den „Fremden“ zu beschäftigen, und hilft uns dabei, Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten besser aufzunehmen und uns besser um sie zu kümmern.

Die Vollversammlung **ermutigt** den ÖRK, auch weiterhin seine *convener*-Rolle auszuüben und Räume für Begegnung und Dialog mit den Mitgliedskirchen und Partnern zum Thema Migration zu schaffen, um dort Informationen auszutauschen, Solidarität zu zeigen, gemeinsam Advocacy-Arbeit zu organisieren und Weggemeinschaft bereitzustellen. Eine Wiederbelebung des globalen ökumenischen ÖRK-Netzwerks für Migrationsfragen sollte in diesem Kontext in Erwägung gezogen werden. Ferner ermutigen wir zu einer engeren Koordination und Kooperation mit der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME) und der ACT Alliance in Advocacy-Arbeit und praktischem Engagement, insbesondere bei der Nachbereitung der [Globalen Pakte der Vereinten Nationen zu Migration und Flüchtlingen](#) (Internetseite in englischer Sprache) und der Bewahrung der Flüchtlingskonvention von 1951. Es sollte auch darüber nachgedacht werden, wie der ÖRK Mitgliedskirchen und deren kirchliche Dienste und Werke darin unterstützen könnte, Menschenhandel – insbesondere von weiblichen Migrantinnen und Migrantenkindern – zu bekämpfen, unter anderem durch die Förderung von Networking zwischen Kirchen und Partnern in den Herkunftsländern und in den Aufnahmestaaten.

Da Jesus uns beauftragt, Verständnis für unsere Nächsten aufzubringen, und uns damit gesegnet hat, verpflichten wir auf, auf dieses Flehen nach praktischen Handeln einzugehen als unsere Antwort auf seinen Auftrag „So geh hin und tu desgleichen!“ (Lukas 10,37).

Hintergrund (zur Information)

1) Der Krieg in der Ukraine

Eine der vielen tragischen Folgen des Krieges in der Ukraine ist die stark gestiegene Militarisierung, Konfrontation und Spaltung auf dem europäischen Kontinent, die mit einer enormen und zumeist unkontrollierten Verbreitung von Waffen in der Region und einer neuen und sich zuspitzenden Gefahr eines atomaren Konflikts einhergeht, der wiederum eine Katastrophe schrecklichen und wahrscheinlich globalen Ausmaßes auslösen würde. Es wird eine neue Trennlinie quer durch den Kontinent gezogen und beide Seiten sind bis an die Zähne bewaffnet. Die Erfahrungen des Kalten Krieges lassen uns deutlich erahnen, was folgen könnte, und zeigen uns die Risiken, die damit verbunden sind.

Es besteht die Gefahr, dass der Einmarsch in die Ukraine dazu führt, dass auch andere größere Länder versuchen werden, kleinere Nachbarländer unter dem Vorwand der Verteidigung nationaler Interessen einzunehmen. Angesichts der unvermeidbaren menschlichen Kosten muss Krieg unbedingt vermieden werden, und den Kirchen kommt eine Schlüsselrolle dabei zu, sich dafür einzusetzen. Trotz der Misserfolgen in der Vergangenheit wird der multilateralen Diplomatie – insbesondere durch die Vereinten Nationen auf globaler Ebene – auch in Zukunft eine unverzichtbare Rolle bei der Bewahrung von Frieden zukommen.

Unterdessen bedeuten höhere Verteidigungsausgaben von Staaten zwangsläufig, dass weniger Geld für die Bekämpfung von Armut, die soziale Sicherung, die Gesundheitsfürsorge, Bildung, Klimaschutzmaßnahmen und nachhaltige Entwicklung zur Verfügung steht. Die Armen werden also unweigerlich die schwerste Last tragen. Während Krieg eine ganz direkte zerstörerische Wirkung hat, dürfen auch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen von Militarisierung nicht unter den Tisch gekehrt werden. Auch an anderen Orten der Welt leiden sehr viele Menschen unter den Auswirkungen dieses Krieges. Die in die Höhe schießenden Kosten für Nahrungsmittel und die Energiekrise infolge des Krieges stürzen Menschen in Hunger und Elend.

Die humanitären Folgen des Krieges in der Ukraine weltweit hat der [ÖRK-Exekutivausschuss auf seiner Tagung vom 30. Mai bis 2. Juni 2022](#) unterstrichen.

2) Migration, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

In Europa ist Migration durch die gegensätzlichen Strömungen von hyper-vernetzter Globalisierung und populistischem Nationalismus zu einem zentralen Thema der politischen Polarisierung und der humanitären Krise geworden. Die Reaktionen von europäischen Ländern auf Migrantinnen und Migranten und Geflüchtete haben ernste Bedenken hinsichtlich der Menschenrechte aufkommen lassen und haben den Auftrag und die prophetische Rolle der Kirchen in Frage gestellt. Allzu oft war die Reaktion von Regierungen und Gesellschaften in europäischen Ländern, in denen notleidende Menschen Zuflucht gesucht haben, geprägt von Angst, Ablehnung und Ausgrenzung. Allzu oft haben politische Akteurinnen und Akteure versucht, die Sorgen der Menschen für sich zu nutzen und zu ihrem politischen Vorteil zu schüren. Seit Langem geltende und grundlegende Prinzipien des humanitären Völkerrechts wie zum Beispiel das Recht auf Asyl – das grundlegende Prinzip also, dass alle Menschen, die vor Konflikten oder Verfolgung fliehen, das Recht haben, ungeachtet ihrer Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit, Religion, ihres Gesundheitszustandes oder jedes anderen Kriteriums außer ihrer Bedürftigkeit um internationalen Schutz zu bitten – sind in Frage gestellt und unterminiert worden. In vielen Fällen haben die Kirchen ihre Türen und Herzen geöffnet und auf eine Kultur der Gastfreundschaft und Gastlichkeit hingearbeitet. Aber wir müssen bekennen, dass einige Kirchen es versäumt haben, der christlichen Berufung nachzukommen, „Fremde willkommen zu heißen“.

Der ÖRK hat an der Erarbeitung des UNHCR-Dokuments [„Welcoming the Stranger: Affirmations for Faith Leaders“](#) (Den Fremden willkommen heißen – Selbstverpflichtungen von Religionsführerinnen und Religionsführern, 2013) mitgewirkt. Seit der Vollversammlung in Busan haben der ÖRK und seine Leitungsgremien dieser Angelegenheit durch Solidaritätsbesuche bei Geflüchteten und den Gemeinwesen, die diese bei sich aufgenommen haben, durch Konsultationen mit Kirchenleitenden und staatlichen Partnern und den Vereinten Nationen, durch die Zusammenarbeit mit der [ACT Alliance](#) und der [Kommission der Kirchen für Migranten in Europa](#) (CCME), durch große Konferenzen (wie die Konferenz von ÖRK und

der UN zu „[Europas Reaktion auf die Flüchtlings- und Migrationskrise, von den Ursprungsorten über die Durchgangsstationen bis zur Aufnahme und Zuflucht](#)“ am 18. und 19. Januar 2016 in Genf, die Konferenz von Vatikan und ÖRK „[Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und populistischer Nationalismus im Kontext globaler Migration](#)“ vom 18. bis 20. September 2018 in Rom und das „[Global Forum for Faith Action for Children on the Move](#)“, das gemeinsam mit „World Vision International“ und anderen führenden Organisationen, die aus dem Glauben heraus handeln, organisiert worden war und vom 16. bis 19. Oktober 2018 in Rom stattfand), durch öffentliche Erklärungen der ÖRK-Leitungsgremien und durch Advocacy-Arbeit ernsthafte und anhaltend Aufmerksamkeit geschenkt.

Schätzungen zufolge gibt es weltweit derzeit etwa 281 Millionen Migrantinnen und Migranten und die Zahl der gewaltsam Vertriebenen ist auf 84 Millionen angestiegen. Seit 2011 haben mehr als 6,5 Millionen Menschen – aus Syrien, Afghanistan, Venezuela, Eritrea und anderen Ländern – Asyl in Europa beantragt. Viele schutzbedürftige Menschen, die an Europas Grenzen ankommen, haben Pushbacks, Inhaftierung, lange Wartezeiten im Asylprozess und zunehmend diskriminierende und unfaire Gesetze zur Regelung ihres Rechts, Asyl zu beantragen, erlebt.

Seit dem Einmarsch in die Ukraine haben mehr als sieben Millionen Menschen auf der Flucht vor den Kämpfen die Grenzen in die EU überschritten. Viele von ihnen sind von Freiwilligen, der Zivilgesellschaft, Kirchen und Regierungen in ganz Europa und darüber hinaus herzlich aufgenommen worden. Aber diese Solidarität wird in einigen europäischen Ländern zunehmend in Frage gestellt, weil Ukraine-Flüchtlinge mit afrikanischer, asiatischer oder nahöstlicher Herkunft und Ukraine-Flüchtlinge, die den Roma angehören, diskriminiert werden. Internationaler Schutz muss entsprechend der internationalen und EU-Gesetzgebung aufgrund von Bedürftigkeit gewährt werden – unabhängig von Herkunft, Religionszugehörigkeit, ethnischer Zugehörigkeit oder sexueller Orientierung der betreffenden Person. Das Gefühl, willkommen zu sein, mit dem europäischen Flüchtlingen aus der Ukraine begegnet wird, spiegelt Europas umfassenderen Ansatz in Sachen Migration wider. Die unterschiedlichen Maßstäbe sind frappierend.

Auch Russland hat eine große Anzahl Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen. Uns sind Berichte über Ukraine-Flüchtlinge in Russland bekannt, die entmenslichende und entwürdigende Behandlung durch Verhöre, Folter und Loyalitätstests in den Ankunftslagern erlebt haben. Ihr Wahrheitsgehalt muss von der ökumenischen Bewegung näher untersucht werden. Wir wissen die Arbeit von Kirchen, religiösen Organisationen und Freiwillige in Russland zur Unterstützung von Flüchtlinge aus der Ukraine zu schätzen.

Wir betrachten es als inakzeptabel, wenn vulnerable Menschen, die ihre Heimatländer auf der Suche nach Sicherheit und einer besseren Zukunft verlassen, aus politischen oder anderen Gründen instrumentalisiert werden. Wir beobachten eine solch beunruhigende Entwicklung insbesondere in Europa. Seit vielen Jahren versuchen europäische Regierungen, ihre Pflicht zum Schutz dieser Menschen auf Länder außerhalb Europas auszulagern und gleichzeitig die Außengrenzen der EU immer mehr abzuriegeln. Damit untergraben Mitgliedsstaaten der EU und europäische Agenturen wie Frontex nicht nur Grundprinzipien des Völkerrechts und des EU-Rechts, sondern brechen oftmals auch ganz offen Gesetze. Das Vorgehen soll abschrecken: Je größer das Leid, desto weniger Flüchtlinge werden kommen. Diese Annahme ist jedoch nicht nur falsch, sondern hat ernsthafte und oftmals tödliche Folgen für die Schutzsuchenden.

Im Mittelmeer sterben jedes Jahr tausende Menschen, weil europäische Regierungen aufgehört haben, Such- und Rettungsdienste zu betreiben, und alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um zivile Seenotrettung zu verhindern. An den Außengrenzen der EU zu Land – wie der bosnisch-kroatischen Grenze oder den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla – wird systematisch Polizeigewalt gegen Schutzsuchende eingesetzt. Menschen, die es über die türkisch-griechische Grenze oder das Ägäische Meer geschafft haben, werden bewusst Elend ausgesetzt, illegal in Lagern interniert oder in die Türkei zurückgedrängt. Im Winter 2021 sind mehrere Menschen gestorben, als die belarussischen Behörden tausende Asylsuchende nach Europa brachte, wo sie hilflos in Wäldern an der EU-Außengrenze in der Falle saßen. Und immer mehr Menschen ertrinken wegen mangelnder Hilfe bei dem Versuch, das Vereinigte Königreich über den Ärmelkanal zu erreichen. Wir sind tief besorgt über diese Erosion des Flüchtlingsrechts und die anhaltenden politischen Versuche, die zu kriminalisieren, die Flüchtlingen helfen und dringend benötigte Solidarität zeigen.